Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 19 (1927)

Heft: 5

Artikel: Internationale Wirtschaftskonferenz und Gewerkschaften

Autor: Eggert, Wilhelm

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352285

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

19. Jahrgang | MAI 1927 | No. 5

Internationale Wirtschaftskonferenz und Gewerkschaften.

Von Wilhelm Eggert, Berlin,
Delegierter zur Weltwirtschaftskonferenz.

I.

Das weltwirtschaftliche Gefüge der Vorkriegszeit, besonders die Angeln und Riegel des alten Europas, hat der Weltkrieg jäh gesprengt. Er verwandelte die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder in kriegerische Feindseligkeiten oder in engere Waffengemeinschaft. Auch die neutralen Länder wurden in den Strudel der Umwälzung gerissen. Die Produktionsapparate aller Länder mussten sich umstellen, die kriegführenden Länder stellten sie in den Dienst des Kriegsbedarfs, die neutralen in den Dienst ihrer eigenen Befriedigung. Alle Zolltarife, Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen wurden so von dem vier Jahre dauernden Weltensturm zerrissen und verweht.

Nach Beendigung des Weltkrieges dachte nicht nur kein Land daran, seinen durch den Krieg erweiterten Produktionsapparat auf den früheren Umfang einzuschränken, vielmehr gingen unter dem Einfluss des aus der Unruhe des Weltkrieges entfesselten wirtschaftlichen Nationalismus fast alle Länder an den weiteren Ausbau, um sich wirtschaftlich möglichst unabhängig zu machen von den weltpolitischen Wechselfällen. Ein von nationalen Leidenschaften getragenes Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit aller Länder ging durch die Welt.

Eine solche sprunghaft überstürzte wirtschaftliche Entwicklung musste für die Wirtschaft der einzelnen Länder wie für die Weltwirtschaft gefahrvoll werden. Denn in dem Grade, wie die erweiterten oder neu geschaffenen Produktionsstätten der Länder von überlegener Konkurrenz bedroht wurden, ergab sich für sie die Alternative, im Wettbewerb zu unterliegen oder sich unter dem Schutz staatlicher Massnahmen vom Untergang zu retten. Erklär-

licherweise wählten sie das letztere. Die Länder gingen zu jener drückenden Schutzzollpolitik über, unter deren preisverteuernden Wirkungen heute die breiten Verbrauchermassen seufzen, insonderheit die der Völker Europas.

So entstand durch den Protektionismus der Nachkriegszeit zwischen Erzeugung und Verbrauch eine tiefe Kluft. Ungeheure Gütererzeugung mit schutzzöllnerisch hochgetriebenen Preisen auf der einen Seite, gesunkene Kaufkraft der ohnedies verarmten Völker Europas auf der anderen! Ein beispielloser Kontrast, in dem die Schwierigkeiten auf den inneren und äusseren Märkten, die Produktionsstörungen, die Wirtschaftskrise und das Sechsmillionenheer der Arbeitslosen Europas wurzelt. Hier liegt der wirtschaftliche Krankheitsherd. Er ist die Gefahr für die Lebensmöglichkeiten der Völker wie für die Sicherheit des allgemeinen Friedens.

Unsere Gewerkschaftsbewegung hat diese Gefahr seit je erkannt und kommen sehen. Bereits auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in London 1920 und später auf allen internationalen Tagungen ist auf diese Gefahr hingewiesen worden. Wiederholt auch hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam kritisch und warnend seine Stimme gegen sie erhoben. Es sei erinnert an seine Darlegungen gegenüber dem Völkerbundsrat zum Reparationsproblem und an seine eindrucksvolle Kundgebung gegen die gefährliche Zollpolitik der Länder. Er rief im Jahre 1925 die Landeszentralen des Bundes auf, alle Massnahmen scharf zu bekämpfen, die auf wirtschafts- und handelspolitische Feindschaft hinausgingen. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik führe, statt die Völker wirtschaftlich zu einen, zum Handelskriege aller gegen alle. Europa müsse wirtschaftlich unter einem solchen System verfallen.

Wie richtig das war, zeigt uns die heutige Wirtschaftslage der Welt. Das wirtschaftliche Zurückbleiben Europas gegenüber den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist beinahe katastrophal. Zahlenmässige Angaben über dieses Zurückbleiben können in diesem Zusammenhang wohl entbehrt werden. Hier genügen die allgemeinen Entwicklungslinien. Sie brachten Europa gegenüber den Vereinigten Staaten Nordamerikas in eine wahrhaft klägliche Wirtschaftssituation. Dort ein Territorium, das beinahe unserem Kontinent gleicht, dem Freihandel geöffnet, der sich niemals an Zollgrenzen stösst. Die Ergebnisse dieses Zustandes gipfeln in der erstaunenswerten industriellen Entwicklung der Vereinigten Staaten. Jedes Unternehmen kann auf die Gesamtheit des offenen Marktes dieses grossen einheitlichen Wirtschaftsgebietes bauen. Hier in Europa sind hingegen aus 22 Vorkriegsstaaten deren 28 geworden, die ihr Wirtschaftsgebiet mittels Zollschranken mehr oder weniger abgeriegelt haben, die sich vorwiegend auf den eng begrenzten Binnenmarkt beschränken und nur einen geringen Bruchteil ihrer Erzeugnisse mit Mühe und Not über die Zollschranken der anderen hinweg auf die auswärtigen Märkte brin-

gen können. — Wenige naturgemässe Standorte der Industriezweige, keine weitgreifende rationelle Produktion, kein Europa umspannender, gemeinsamer Plan, kein systematischer Fortschritt, kein Dienst der Wirtschaft an der Gesamtheit der Völker — ein mit allen Mitteln diplomatischer Künste gestaltetes gegenseitiges Erschwernis wirtschafts- und handelspolitischer Arbeit der Länder, nicht Ueberproduktion, sondern Unterkonsum — das ist die wirtschaftliche Lage Europas.

Auf einer solchen Grundlage ist weder soziale Gerechtigkeit noch wirtschaftlicher Aufschwung möglich. Sie ist deshalb auch gleichsam eine Gefahrenquelle gegen die Sicherheit des allgemeinen Friedens. Arbeit und Wirtschaft verlieren hier ihren höheren Sinn: die Lebensbedingungen der Völker zu heben. Daher hat die sechste Völkerbundsversammlung, die der Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz zustimmte, ihr ganz richtig zwei Ziele gesetzt. « Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der Wiederherstellung der allgemeinen Prosperität entgegenstellen, zu untersuchen und die besten Mittel aufzuzeigen, um die Schwierigkeiten zu überwinden und Konflikte zu vermeiden. »

In diesen weitgefassten Rahmen — die Schwierigkeiten zu überwinden und Konflikte zu vermeiden, spannt sich die Tagesordnung der Konferenz. Sie umschliesst das ganze weltwirtschaftliche Fragengebiet. Die Konferenz hat also weite Freiheit. Aber gerade diese Freiheit wird sie auch zwingen, den Ursachen der Depression in Europa bis in die letzten Gründe nachzugehen und darüber hinaus die weltwirtschaftlichen Probleme und ihre Zusammenhänge klarzulegen. Was in den acht Nachkriegsjahren störend und hemmend in die Weltwirtschaft eingedrungen ist, das soll die Konferenz aufhellen, blosslegen und die Mittel der Beseitigung aufzeigen. Wie wird die Konferenz diese geschichtliche Aufgabe lösen? Welche besonderen Fragen ergeben sich für die Gewerkschaften?

II.

Die öffentliche Diskussion ist merkwürdigerweise an einem Hauptpunkte vorsichtig vorbeigegangen: der Stabilisierung aller Währungen. Das Finanzsystem eines Landes ist der Wirtschaft Fundament. Schwanken die Währungen, werden sie gar schwer erschüttert, so geht auch zumeist die Wirtschaft des Landes aus ihrem viel verästelten Gefüge. Aber nicht nur auf den Binnenmärkten bedeuten Währungserschütterungen wirtschaftliches Durcheinander, sondern wohl in noch stärkerem Masse auf den auswärtigen Märkten. Jede weltwirtschaftlich spürbare Währungserschütterung eines Landes gibt ihm die Möglichkeit, mittels Dumping auf den Weltmarkt einzubrechen. Solange solche Möglichkeiten bestehen, auch nur theoretisch, ist eine ruhige Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels nicht gesichert. Heute ist eine feste und unerschütterliche Finanzgrundlage

der Weltwirtschaft durchaus nicht vorhanden. Wohl sind die von Währungskatastrophen betroffen gewesenen Länder — Deutschland, Oesterreich, Ungarn — entweder aus eigener Anstrengung oder infolge internationaler Hilfsmassnahmen zur Goldbasis zurückgekehrt. Aber vollkommene Ordnung auf diesem Gebiete ist in allen europäischen Ländern noch nicht. Die arbeitenden Klassen, Dulder und Opfer der Währungserschütterungen, können daher mit verbrieftem Rechte Bürgschaft für feste Währungsverhältnisse in der Welt fordern. Das unberechenbare Element der Unruhe, wie es durch die Möglichkeit von Währungserschütterungen gegeben ist, muss aus der Weltwirtschaft verschwinden. Eine Garantie hierfür könnte durch Vereinbarungen und methodische Zusammenarbeit der Zentralbanken der Wirtschaftsmächte sehr wohl geschaffen werden. Freilich dürfen wir uns über die Schwierigkeiten eines solchen Werkes nicht täuschen. Schon bei den Beratungen im vorbereitenden Ausschuss wurden die Hemmnisse erkennbar. Sie sind ungeheuer gross. Die einzelnen Länder wollen sich gerade in das Recht ihrer Finanzhoheit und -gebarung von niemand hineinreden lassen. Selbst also, wenn die Konferenz dies Ziel aufrichten würde, bliebe immerhin die Frage, ob die einzelnen Länder ihm zustreben wollen.

Zugänglicher scheinen sie, mindestens eine Anzahl, für die Bekämpfung des üppig wuchernden Protektionismus. Die Konferenz wird deshalb sehr wahrscheinlich als ersten Schritt dieser Bekämpfung der Schaffung eines einheitlichen internationalen Zolltarifschemas das Wort reden. Tatsächlich müsste nach der Festigung der Währungen hier beim Zolltarifschema die Arbeit beginnen. Kein Zolltarif eines Landes in Europa gleicht in Aufbau und Gliederung dem anderen. Vielgestaltiger noch ist das wirre Bild der Zolltarife der Welt. Unendliche Schwierigkeiten würden durch ein einheitliches Zolltarifschema beseitigt. Aber auch dieses Ziel ist schnellen Weges nach Lage der Dinge nicht erreichbar, denn die einzelnen Länder schwören alle darauf, dass ihr eigenes Schema das allein beste sei.

Zu dem einheitlichen Zolltarifschema müssten einheitliche Zollvorschriften vereinbart werden. Sind doch oftmals gerade die zolltechnischen Massnahmen und die Verwaltungsvorschriften, wie z. B. Ursprungszeugnisse, Konsulatsgebühren, Transitbestimmungen u. a. m., grössere Hemmnisse des Aussenhandels als die eigentlichen Zollsätze. Dieser « kalte » Protektionismus, heimtückisch und gefährlich, müsste einer aus höherer Erkenntnis entsprungenen Handelsloyalität das Feld räumen.

Dann müsste die Konferenz, zwar mit Takt und Umsicht, aber auch mit jener Entschlossenheit, die den Erfolg verbürgt, Richtlinien für den Abbau der Zölle festlegen. Selbstverständlich müsste dieser Abbau stufenweise innerhalb zu vereinbarender Uebergangs- und Schonzeiten durchgeführt werden. Nicht dass wir glaubten, der Zollabbau würde rasch vor sich gehen; im Gegenteil fürchten

wir einen recht langsamen Gang. Nur der Klarheit wegen möge gesagt sein, dass kein Land die eigene Wirtschaft den Wirkungen plötzlichen Freihandels auszusetzen vermag. Selbst von der Interessensphäre der arbeitenden Klassen aus, deren wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, für das Prinzip des Freihandels kämpfen, muss der Zollabbau etappenweise erfolgen, um ein wirtschaftliches Chaos zu verhüten, das schlimmer wäre als das Uebel selbst. Vermutlich wird die Konferenz allgemeine Richtlinien dieser Art aufstellen. Vielleicht auch empfiehlt sie Konventionen der Länder Mitteleuropas. Jede dorthin zielende Arbeit wird von den Gewerkschaftsvertretern auf der Konferenz lebhaft unterstützt werden. Liegen doch alle diese Anfangsarbeiten auf dem Wege der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsverständigung, Ziele, denen die wirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften gewidmet ist.

In dem internationalen Kartellwesen, das in einem anderen Artikel dieser Nummer der « Gewerkschaftlichen Rundschau » ausführlich behandelt wird, sehen die Gewerkschaften eine weitere privatkapitalistische Entwicklungsphase. Internationale Kartelle sind der Ausdruck für das Hineinwachsen wichtiger einzelstaatlicher Industriezweige in die Weltwirtschaft. Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem, dessen Träger, das Unternehmertum, die internationale Arbeiterbewegung Jahrzehnte hindurch bekämpft hat, tritt nun selbst auch organisatorisch aus dem Rahmen nationaler und kontinentaler Grenzen heraus in die breiteren Räume der Weltwirtschaft. Die Gewerkschaften wollen eine solche Entwicklung nicht hindern, zu ihrer Förderung jedoch haben sie keinen Anlass. Die Dinge müssen sich entwickeln. Wo dies der Fall ist und sein wird, fordern sie eine ständige Aufsicht internationaler Kartellvereinbarungen, die sich aus den einzelstaatlichen Kontrollämtern gegenüber monopolistischen Unternehmungsorganisationen zweckmässig aufbauen muss. Mindestens müsste mit der Kontrolle internationaler Kartelle zugleich die Kontrolle monopolistischer Unternehmungen in den einzelnen Ländern organisiert werden.

Die Konferenz wird ferner an der Erwerbslosigkeit in den Ländern Europas nicht vorübergehen können. Sie ist in den letzten Monaten bereits Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen in verschiedenen Parlamenten, wie zwischen den Gewerkschaften und einigen Nationalökonomen gewesen. Es gibt in der Tat Wirtschaftswissenschafter, die da sagen, die Gewerkschaften seien durch die Hochhaltung der Löhne und Gehälter schuld an der Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit. Weil die Gewerkschaften Löhne und Gehälter hochhielten, könnten die Preise nicht sinken, die Erzeugnisse nicht konsumiert werden, die Wirtschaftskrise nicht ablaufen, das Millionenheer der Erwerbslosen nicht in die Betriebe zurückgebracht werden. Diese Lehre übersieht unbegreiflicherweise den Umstand, dass trotz dem Sinken der Produktionskosten

infolge der Rationalisierung die Preise im allgemeinen hoch geblieben sind. Sie übersieht die Wirkung der Preiskartelle in den einzelnen Ländern. Wie aber immer die Kontroversen auf der Konferenz werden mögen, für die Gewerkschaften bleibt das Erwerbslosenproblem in erster Linie ein Problem der staatlichen Fürsorge jeden Landes. In den einzelnen Ländern müssen Preise und Realeinkünfte der Verbrauchermassen, müssen Produktionsleistung und Arbeitszeit in Einklang gebracht und ausgeglichen werden. Gewiss kann durch internationale Hilfsmassnahmen auf den Gebieten der Freizügigkeit und des Niederlassungsrechts die Erwerbslosigkeit gemildert, aber nicht endgültig beseitigt werden. Sie bleibt das einzelstaatliche Problem, dessen Lösung in den Ländern erkämpft werden muss.

III.

Ueberblickt man das Aufgabengebiet der Konferenz und fragt man nach der Möglichkeit ihres Erfolges, so lassen sich nur unter einer Voraussetzung Erwartungen an sie knüpfen: dass sie für die Bearbeitung weltwirtschaftlicher Zeit- und Streitfragen ein dauerndes Organ schafft, einen Verwaltungsorganismus unter der Oberhoheit des Völkerbundes, der ihre Arbeiten im einzelnen ergänzt und endgültig durchführt. Die Konferenz würde ihre begrenzten Erfolgsmöglichkeiten sicherlich nicht ausnützen, wollte sie nicht in diesem Sinne für die erfolgreiche Wirksamkeit ihres eigenen Werkes sorgen. Die Schaffung eines solchen internationalen Wirtschaftsorgans ist die allerwichtigste Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz. Dieses Organ müsste über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt wachen, die Produktions- und Handelsstatistiken fördern, den Gedanken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Völkern pflegen und die Vermittlung des Ausgleiches handelspolitischer Konflikte der Länder übernehmen. Gleich dem Internationalen Arbeitsamt mit seinen Arbeitskonferenzen müsste das Internationale Wirtschaftsamt in periodischen Wirtschaftskonferenzen die weltwirtschaftlichen Probleme erörtern und ihre Lösung anstreben.

Gelänge es der Konferenz, in dieser Weise die Sicherung ihres begonnenen Werkes zu schaffen, dann würde sie den Anbeginn der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit einleiten. Das Tempo dieser Zusammenarbeit — darüber muss sich die Arbeiterschaft allerdings immer klar sein — wird aber nicht auf der Weltwirtschaftskonferenz oder von dem künftigen Internationalen Wirtschaftsamt bestimmt, sondern von den lebendigen und organisierten Kräften der Wirtschaft in den einzelnen Ländern. Dort fällt die Entscheidung, dort, in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen jeden Volkes im eigenen Lande.